Stellungnahme
zu der geplanten Novelle des §13 des Salzburger Kinderbetreuungsgesetz –
Verbot des „islamischen Kopftuchs“

Im Zuge der Umsetzung der „Vereinbarung Extended Pädagogik“ soll mit der genannten Gesetzesstelle ein Verbot des Kopftuches in Kindergärten umgesetzt werden.

Hierzu wird binnen offener Frist folgendermaßen Stellung genommen:

1. Es handelt sich hierbei lediglich um ein Verbot des „islamischen Kopftuches“. Es geht eindeutig aus den Materialien hervor, dass andere religiöse Kleidungen unbedenklich sind. Damit handelt sich hierbei um eine latent verfassungswidrige Bestimmung, da der Gleichheitssatz missachtet wird. Denn es soll einzig und allein das islamische Kopftuch verboten werden und stellt damit nicht nur einen eklanten Eingriff in die Religionsfreiheit dar, sondern in diesem Kontext noch dazu einen klaren Fall der Diskriminierung und Stigmatisierung muslimischer Menschen.

2. Aus den Materialien geht ebenso hervor, dass das Kopftuch die kindliche Entwicklung angeblich behindern soll. Diese böswillige Zuschreibung ist rein subjektiv und bar jeder Objektivität und bedarf einer empirischen Bestätigung, widrigenfalls es sich um eine rein rassistische und ausgrenzende Darstellung handelt.

3. In der Begründung für die geplante Novelle wird ausgeführt, dass das Kopftuch zu einer frühzeitigen geschlechtlichen Segregation führen kann. Hierbei werden jedoch andere religiös begründete Kleidungsstücke oder Kopfbedeckungen völlig außer Acht gelassen. Es wird mit keinem Wort begründet, warum ausgerechnet das Kopftuch zu einer Segregation führen soll, nicht jedoch das christliche Kreuz, oder die jüdische Kippa. Ebenso bleibt es im Dunkeln, warum ausgerechnet die Segregation aufgrund des Geschlechts einen gesetzlichen Eingriff bedarf, nicht aber die Segregation aufgrund anderer Kriterien?

5. Abschließend kann die vorliegende Gesetzesänderung wohl am besten mit einem Zitat aus den Materialien dazu umschreiben:
Es handelt sich hierbei um ein Ansinnen, welches durch eine gesetzliche Regelung umgesetzt werden soll, dass mit den österreichischen Grundwerten und gesellschaftlichen Normen nicht vereinbar ist.

Mit freundlichen Grüßen

Ing. Murat Ozdemir
Bildungssprecher der IGGO